

Verbesserungswürdig: Notunterkunft im Zivilschutzbunker Hochfeld Bern

Hier einige von vielen Flüchtlingen und Helfern, welche mit etwa einem Drittel der Bewohnern der Zivilschutzanlage in Kontakt kamen, festgestellten Defizite und mögliche Lösungsansätze zur kantonalen Notunterkunft für Asylsuchende im Hochfeld:

1. Die **Nachtruhe** im Zentrum Hochfeld wird zu wenig durchgesetzt und kontrolliert, wie viele der Bewohner beanstanden. Gerade bei einer posttraumatischer Belastung (ein beträchtlicher Teil der zu uns fliehenden Verfolgten leidet an einer solchen Seelenerschütterung) oder bei situationsbedingten Depressionen ist genügend Ruhezeit unerlässlich. Sobald mehr als achtzig Flüchtlinge dort wohnen, wird es schwieriger, genügend Schlaf zu finden. Die Nachtruhe ist aber ein Recht jedes Menschen.
2. Vor allem im Winter werden manche Bewohner der Notunterkunft Hochfeld nur ungenügend mit **Kleidern und Schuhen** versorgt.
3. Die **Gesundheitsbetreuung** ist ungenügend. Die Hürden, sich bei Beschwerden zu melden und Hilfe zu erhalten, scheint für viele recht hoch zu sein, da es sehr an Vertrauen in diese Institution mangelt. Einige beklagen auch, dass vor allem versucht würde, die Beschwerden weg zu reden oder sich weitgehend auf Symptombekämpfung zu beschränken.
Die vielfältigen **psychischen Probleme** werden zu wenig wahrgenommen. Gemäss Studien (z. B. Gäbel et al. 2006) bringen ca. 40 % der nach Europa flüchtenden Menschen eine ausgeprägte Posttraumatische Belastungsstörung mit. Viele sind medizinisch gesehen also gesundheitlich angeschlagen oder krank. Diesen Tatsachen wird beim momentanen System NUK Hochfeld zu wenig Rechnung getragen und die Menschen in ihren Nöten oft nicht ernst genommen.
Seit Anfang 2014 krazten sich viele Bewohner und wachen in der Nacht auf, da sich Bettwanzen, Mäuse und andere Plagegeister sehr vermehren, siehe www.muf.dago.ch/hochfeld. ORS und der Migrationsdienst desinfizierten nur wenige Zimmer und mit mässigem Erfolg.
Ebenfalls die Vorgaben des BAG zur Gesundheitsprävention werden ungenügend umgesetzt.
4. **Alkohol** und teils Drogen sind immer wieder ein nicht zu unterschätzendes Problem auf dem Areal der Zivilschutzanlage. Dadurch werden andere Bewohner immer wieder in Mitleidenschaft gezogen (Lärm, Aggressivität etc.). Die Betreiberin nimmt dies zu wenig ernst.
5. Die häufigen **Diebstähle und andere rechtswidrigen Aktivitäten** belasten die Menschen in dieser Notunterkunft sehr. Nichts scheint mehr sicher, selbst aus den verschlossenen Metallkästen werden Kleider, Schuhe und andere der wenigen Habseligkeiten gestohlen und einige Lagerinsassen dann von den Tätern unter Druck gesetzt und bedroht, sollten sie sich wehren wollen.
6. Mehr Gelegenheiten für **kulturspezifische Anlässe** wären hilfreich, welche eine identitätsstiftende Ausdrucksmöglichkeit für die Flüchtlinge böten. Sie würden das Zusammenleben und den kulturellen und individuellen Austausch verbessern. Solches wird zur Zeit nur spärlich angeboten. Die speziellen Ressourcen der Menschen müssen mehr gefördert werden. Unter den prekären, engen Verhältnissen nimmt zum Beispiel statt Gemeinsinn und Rücksichtnahme leider eher das Misstrauen und die Intoleranz unter den Bewohnern zu, wie Flüchtlinge beklagen.
7. Die **Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten** sind ungenügend. Oft müssen die schutzsuchenden Menschen sehr lange ausharren, bis sie vielleicht eine Gelegenheit erhalten, etwa beim Kompetenzzentrum Arbeit der langweiligen Wartesituation im Bunker durch eine sinnvoller Tätigkeit kurz zu entinnen. Neben den in einigen Fällen sehr tragischen Schicksalen ist für viele Flüchtlinge unser Asylverfahren und die Unterbringung selbst schon eine riesige Belastung. Da ist es für sie wichtig, wenigstens gelegentlich wieder Selbstbestätigung durch nützliche Tätigkeiten erleben zu können. Die neuen Arbeits-Regelungen ab 2014 erschweren dies leider noch zusätzlich.
8. **Regelmässige Hausversammlungen** mit allen NUK-Bewohnern müssten eine Plattform bieten, Anliegen und Kümernisse der Zufluchtsuchenden zu formulieren. Viele ungünstige Entwicklungen könnten dadurch in den Anfängen erkannt und ein Minimum an Selbstbestimmung erreicht werden. Die Anwesenheit einer neutralen Ombudsperson dabei wäre nötig.

9. **Sozialrechtliche Gleichstellung:** *«Damit Asylsuchende den Alltag in der Schweiz selbständig meistern können, ist der Erwerb einer Landessprache zentral. Zu diesem Zweck finanziert der Migrationsdienst **Grund- und Aufbausprachkurse in Deutsch und Französisch**, die allen Asylsuchenden offen stehen.»* schreibt der Migrationsdienst, und auch der Leistungsvertrag und die Hausordnung der ORS schreiben Deutschunterricht zwingend vor. Trotzdem müssen manche monatelang warten, bis sie den Deutsch-Unterricht für alle Leistungsstufen in einer Klasse besuchen dürfen und nach zwei Monaten, nach weniger als 25 Lektionen, ist schon wieder Schluss damit. So werden die notwendige sprachliche Fähigkeit und die Integration der Asylsuchenden nicht erreicht. Auch mit andern Integrationsangeboten wird von der ORS sehr geknausert. Warum gilt beim Wohnen ausserhalb der NUK Hochfeld plötzlich eine viel sozialere und fördernde Praxis?
10. Die **Kommunikation und Information** der NUK-Leitung und der Behörden gegenüber den Flüchtlingen muss in vielerlei Hinsicht verbessert werden. Es darf nicht sein, dass die Bewohner ohne irgendeine Mitbestimmungsmöglichkeit bis zum konkreten «Transfer» in eine andere Unterkunft nicht über den neuen Ort informiert werden und nicht wissen, ob sie dann von ihren Freunden getrennt werden.
Auch die Polizei müsste (dies ist gesetzlich so vorgeschrieben) die Flüchtlinge sofort orientieren, wenn sie wie Kriminelle mit Handschellen abgeführt werden, ob sie zur Ausschaffung oder ins Gefängnis gebracht, respektive nur zu einer Identitätsabklärung auf eine Botschaft oder zu einer Befragung begleitet werden. Sonst ist der Schrecken und die Ungewissheit oft riesig und nachhaltend.
Die meisten Flüchtlinge im Hochfeld sind nur mangelhaft über ihre Rechte und Pflichten orientiert. Solche Informationen sollten aber in vielen Sprachen für sie leicht zugänglich sein.

Auf politischer und Verwaltungsebene notwendige Handlungsschritte

11. Die Anstrengungen müssen dahin zielen, eine **Alternative zum Standort Zivilschutzanlage Hochfeld** zu finden oder eine menschenwürdige Wohnmöglichkeit durch den Kanton selbst erstellen zu lassen. Warum baut der Kanton oder die Stadt nicht auf eigenen Parzellen Barackenunterkünfte, wie dies andere machen?
12. Eine korrekte und offene **Ausschreibung** zum Betrieb der Notunterkunft wäre endlich angebracht.
13. Auf politischer und öffentlicher Ebene sollte die nun schon **zum Dauerprovisorium gewordene Notunterkunft Hochfeld stärker wahrgenommen und beobachtet** werden. Durch Wegschauen oder behördliche Ausflüchte - oder wie jetzt gar durch willkürliche Hausverbote gegen aufmerksame Helfer - wird die prekäre Situation mit all ihren organisatorischen Missständen nicht behoben.
14. Es muss eine öffentliche Diskussion stattfinden über die grundlegende Frage, ob auf Gewinn bedachte Privatfirmen wie die ORS Service AG kantonale soziale Aufgaben übernehmen dürfen. Es ist stossend, dass eine Betreiberin jeden Franken, den sie nicht zum Wohl ihrer Schutzbefohlenen ausgibt, als Firmengewinn für sich behalten kann, da mit Pauschalen pro Person abgerechnet wird. Aus demselben Grunde würde es sich für sie entsprechend rentieren, wenn die Unterkunft sehr voll belegt wäre, was für die Flüchtlinge noch mehr Stress bedeutete. Welch fragwürdiger Anreiz! Wäre es da nicht sinnvoller, eine **staatliche Betriebsorganisation zusammen mit sozial erfahrenen Hilfswerken** zu schaffen? Das wäre kaum teurer, aber sicherlich professioneller und glaubwürdiger.
15. Weiter stellt sich die Frage, warum die Polizei- und Militärdirektion (POM) für die Flüchtlinge zuständig sein soll und nicht wie früher die **Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF)**. Die Zufluchtsuchenden sind weder besonders bedrohlich, kriminell oder gar Feinde, sondern oft durch ihr Schicksal angeschlagene und benachteiligte Menschen. Wenn sich der Migrationsdienst des POM selbst in aller erster Linie als «Vollzugsbehörde zur Durchsetzung des Asylgesetzes» versteht, wird dies den Geschundenen kaum gerecht, sondern sie werden dann hauptsächlich abgesondert und «sicher verwaltet». Wäre es nicht an der Zeit, diese Aufgabe wieder der GEF zu übertragen mit ihrem sozialen und integrativen Auftrag?

16. Die Beschränkung der **Anzahl der Bewohner** des Bunkers im Hochfeld auf 80 Personen würde viele Probleme dort schon sehr vermindern.
17. Ebenfalls sollte die jeweilige **Aufenthaltsdauer** in diesem nicht eben menschengerechten Lager auf ein Minimum reduziert, es also wirklich nur als kurzfristige Notlösung genutzt werden. Einige leben nun schon zwei Jahre lang in diesen Kellerräumen, wo kaum Privatsphäre, Ruhe, individuelle Lebensgestaltung und Entwicklung, Integration, Lernen oder genügend sinnvolle Beschäftigung und Arbeit etc. möglich sind.
18. Eine **Kontrolle durch eine unabhängige Instanz** (etwa Flüchtlingshilfe oder Rotes Kreuz), welche freien Zugang und Einblick bekäme und die festgestellten Mängel an der richtigen Stelle kommunizieren könnte, würde diesen unzumutbaren Zuständen entgegen wirken. Die derzeitige Aufsicht ist offensichtlich mangelhaft.
19. Eine unabhängige **Ombudsperson** sollte offiziell mit entsprechenden Kompetenzen eingesetzt werden. Die Angst und Abhängigkeit, wie sie heute einige Flüchtlinge gegenüber der Leitung empfinden, behindert oft eine direkte Mitteilung der Sorgen und Beschwerden der Verfolgten.
20. Finanzielle **Transparenz über die konkreten Sozialausgaben** wäre dringend nötig. Wo sind etwa die überschlagsmässig gerechneten ca. 150'000 gesparten Franken durch das Zurückhalten des Taschengeldes von 3.- pro Tag und Person während der ersten 15 Monate des Betriebs der Unterkunft verblieben? Da die ORS AG eine fixe Pauschale pro Flüchtling erhält, kann sie den eingesparten Betrag dann als Gewinn auf Kosten ihrer Schutzbefohlenen verbuchen? Was geschieht hier genau mit den vom Bund dem Kanton etwa 56 (ab 2014 ca. 49) Franken pro Tag und Person ausbezahlten Sozialgeldern für Asylsuchende? Wie viel wird neben der Betreuung für Sicherheit ausgegeben?
21. Geradezu auf absurde Weise offenbarte sich das anscheinend mehr **auf Sicherheit statt an den betroffenen Menschen ausgerichtete Konzept** der NUK-Administration und zuständigen Behörden im Umfeld einer Kundgebung für die Hochfeld-Flüchtlinge im Mai 2013. Die Flüchtlinge in der NUK und per Polizeilautsprecher auch die Quartierbewohner wurden gewarnt vor der Kundgebung, die Frauen aus der Notunterkunft sogar auswärts «in Sicherheit» gebracht. Anstatt die Gelegenheit zum Gespräch und Dialog zu nutzen, wurde dieser friedliche Appell an die Menschlichkeit mit vielen Polizisten in voller Kampfmontur mit Hunden abgewehrt. Das scheint bezeichnend für die derzeitige Haltung der Verantwortlichen der NUK Hochfeld zu sein. Statt sich auf eine vermeintliche Sicherheit zu konzentrieren, sollten der Respekt vor der Würde und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen im Zentrum stehen.

Fazit: Auch das mehrfach verschärfte Asylgesetz entbindet uns weder von unserer Menschlichkeit noch von den Gesetzen. Die momentane Lokalität und Organisation der Notunterkunft Hochfeld unter der Leitung der ORS AG ist menschenunwürdig und die Betreiber halten sich teilweise weder an geltende Gesetze noch an ihre selbst auferlegten Regeln, Verträge oder Weisungen. Auch eine ganze Reihe von Grundrechten in unserer Bundesverfassung werden hier anscheinend missachtet. Es ist bedenklich, dass einige Flüchtlinge, welche im Verlauf ihres Asylverfahrens schon Gefängnisaufenthalte kennen lernten, die Haftbedingungen dort dem Zustand in der NUK Hochfeld vorziehen, unter anderem, weil man dann endlich genügend schlafen könne, vernünftige Beschäftigung habe, Unterricht bekomme und wenigstens als Mensch ernst genommen würde.

Daher die Forderung: **Die Notunterkunft Hochfeld, so wie sie jetzt geführt wird, muss umgehend geschlossen und die Arbeit des Migrationsdienstes durchleuchtet und neu organisiert werden.**

Dagobert Onigkeit, 2015

vom MUF (Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen) und der AL Bern

info(at)muf.dago.ch

Weiteres und ein Pressespiegel zum Thema auf www.muf.dago.ch